

Zwischen Reform und Bedeutungsverlust - der IWF nach der Jahrestagung in Singapur

Loewen, Howard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Loewen, H. (2006). *Zwischen Reform und Bedeutungsverlust - der IWF nach der Jahrestagung in Singapur* (GIGA Focus Global, 9). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-268373>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Zwischen Reform und Bedeutungsverlust – Der IWF nach der Jahrestagung in Singapur

Howard Loewen

Mit überzeugender Mehrheit beschloss der Internationale Währungsfonds (IWF) auf seiner Jahrestagung im September 2006 in Singapur, die Quote und damit die Stimmrechte ausgewählter Schwellenländer anzuheben und die Entwicklung eines neuen Quotenschlüssels voranzutreiben. Die Reform der Quotenformel wird nicht ohne Interessenkonflikte vonstatten gehen.

Analyse:

Mit diesen Reformen reagiert der Fonds auf weltwirtschaftliche Gewichtsverschiebungen und den drohenden eigenen Bedeutungsverlust insbesondere in aufstrebenden Volkswirtschaften und Weltregionen.

- Die Diskussion um den neuen Verteilungsschlüssel offenbart divergierende Interessenstrukturen zwischen kleinen und großen Volkswirtschaften sowie zwischen Industriestaaten und Schwellen- oder Entwicklungsländern im IWF.
- Viele Länder verzichten auf die Aufnahme von IWF-Krediten und engagieren sich zudem bei der Schaffung regionaler Alternativen zum IWF (z. B. bilaterale Währungskooperation in Ostasien). China und Indien wie auch einige kleinere Volkswirtschaften verfügen mittlerweile über genügend Währungsreserven, um regionale Finanzkrisen abzuwenden.
- Die steigende Zahl regionaler Finanz- und Handelskooperationen deutet einerseits auf eine Krise globaler Ordnungspolitik und ihrer Organisationen hin, andererseits kann dem IWF der Spagat zwischen effektiver Reformpolitik und drohendem Bedeutungsverlust gelingen, wenn die Interessen der Schwellen- und Entwicklungsländer berücksichtigt werden und der Trend hin zu regionalen Übereinkünften relativiert oder multilateralisiert werden kann.

Key words: Internationaler Währungsfonds, internationale Währungs- und Finanzpolitik, globale Ordnungspolitik

1. Einleitung

Auf seiner Jahrestagung am 19./20. September 2006 in Singapur beschloss der Internationale Währungsfonds (International Monetary Fund – IWF) mit einer Mehrheit von 90,6 Prozent, sein Stimmrechtssystem und seine Quotenregelung zu reformieren. Insbesondere die Quoten von China, Mexiko, Südkorea und der Türkei wurden erhöht. Damit reagierte die Bretton-Woods-Institution auf zunehmende Kritik an ihrer Arbeit und darauf, dass viele Schwellenländer sich unterrepräsentiert sehen. Einige Mitgliedsstaaten wollen in Zukunft sogar ganz auf die Hilfe des IWF bei Zahlungsbilanzkrisen verzichten. Große Volkswirtschaften mit hohen Währungsreserven wie China, Indien und Südkorea avancieren zu potenziellen Kreditgebern, die Schaffung eines Asian Monetary Fund (AMF) ist in Ostasien immer noch auf der Tagesordnung regionaler Politik. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich für die Arbeit der Welthandelsorganisation ab: Die Doha-Runde ist vorläufig gescheitert, bilaterale regionale Handelsabkommen nehmen stetig zu.

Aus diesen Befunden leiten sich folgende Fragen ab, die im Rahmen der vorliegenden Analyse beantwortet werden sollen:

1. Gelingt es dem IWF, seinen drohenden Bedeutungsverlust durch entsprechende institutionelle Reformen abzuwenden?
2. Welche Interessengegensätze lassen sich zurzeit in dieser globalen Institution identifizieren?
3. Ist die Krise des IWF eine Krise globalen ökonomischen Regierens an sich?

Das Hauptargument der vorliegenden Abhandlung lautet, dass der IWF durch die Quotenerhöhung zwar auf sich verändernde Anforderungen seiner Mitgliedsstaaten reagiert. Die entscheidende Frage der Anpassung der Quotenformel offenbart jedoch strukturelle Interessendivergenzen, die zwischen den reichen westlichen Industriestaaten, den Schwellenländern und den Entwicklungsländern zu Tage treten. Nur wenn der IWF in Zukunft schneller auf weltwirtschaftliche Gewichtsverschiebungen und somit den Repräsentationsbedarf aufstrebender Volkswirtschaften reagiert, kann die Institution auf Dauer Bestand haben. Ähnlich wie die WTO ist der IWF Bestandteil und Ursache einer Krise globalen ökonomischen Regierens, die sich im Reform-

druck auf beide Institutionen und in regionalen zwischenstaatlichen Lösungen für regionale Problemlagen in den Sachbereichen Handel sowie Währung und Finanzen manifestiert.

2. Der IWF – Ziele, Entwicklungslinien und Erneuerungsbedarf

Um einen erneuten Ausbruch von außenwirtschaftlichem Protektionismus (Währungsabwertungen, Devisenbewirtschaftung und Importbeschränkungen), wie nach dem Kollaps des Goldwährungssystems in den 1930er Jahren, zu verhindern, wurde der IWF als erste internationale Währungsinstitution zusammen mit der Weltbank im Jahre 1944 im US-amerikanischen Bretton Woods gegründet. Ziel der Gründung war, durch eine stabilitätsorientierte Neuordnung des internationalen Währungssystems internationalen Handel und Kapitalverkehr zu fördern. Während sich die Weltbank auf langfristigen wirtschaftlichen Aufbau und Entwicklung konzentrierte, sollte der IWF flexibel auf Zahlungsbilanzungleichgewichte und finanzielle Krisenentwicklungen reagieren können. Der IWF ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und besteht institutionell aus der Gouverneursversammlung, dem Exekutivdirektorium, dem Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) sowie dem mit der Weltbank gebildeten Entwicklungsausschuss. Jedes Mitgliedsland entsendet einen Gouverneur in die entsprechende Versammlung, in der grundsätzliche Richtungsentscheidungen der internationalen Institution diskutiert werden. Das aus 24 Direktoren bestehende Exekutivdirektorium ist das wichtigste Organ des IWF. Hier werden im Tagesgeschäft Beschlüsse insbesondere im wichtigen Bereich der Kreditvergabe gefällt. Bislang entsenden lediglich die Mitgliedsländer China, Deutschland, Großbritannien, Japan, Russland, die USA, und Saudi-Arabien einen Direktor, während die anderen Staaten sich ihre Vertreter teilen müssen und folglich dazu gezwungen sind, im Streitfall Abstimmungscoalitionen zu bilden. Der IMFC berät das Direktorium und liefert Entscheidungsgrundlagen für die zukünftige Ausgestaltung der IWF-Politik. Der Entwicklungsausschuss schließlich stimmt die entwicklungspolitisch relevante Interaktion zwischen der Weltbank und dem IWF ab.

Die inzwischen 184 Staaten umfassende Währungsbehörde propagiert folgende Zielsetzungen und Maßnahmenbündel: a) Förderung stabiler Währungsbeziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten mit dem Ziel, Währungsschwankungen abzubauen und Abwertungswettläufe zu verhindern, b) Abbau von Einschränkungen des Devisenverkehrs, um den weltweiten Handel mit Gütern und Dienstleistungen zu erleichtern, c) zeitweilige Bereitstellung von Ressourcen, um Zahlungsbilanzungleichgewichte der Mitgliedsländer gegen entsprechende Sicherheiten zu beseitigen.

Der Internationale Währungsfonds hat bis in die 1970er Jahre erheblich dazu beigetragen, dass die Weltwährungsordnung eine bis dato nie gekannte Stabilität erlangen konnte: Insbesondere durch das System der festen Wechselkurse und die Verpflichtung der freien Währungskonvertibilität konnten strukturelle Handelshemmnisse zwischen den IWF-Mitgliedern zumindest zeitweise überwunden werden. Das Regime fester Wechselkurse konnte jedoch in Ermangelung eines Zahlungsbilanzanpassungssystems und angesichts der krisenhaften Zunahme von Leistungsbilanzungleichgewichten (vor allem der USA) nicht aufrechterhalten werden. Im Jahre 1973 wurde das Festkurssystem von Bretton Woods aufgegeben. Es bildete sich ein Weltwährungssystem heraus, das durch Währungsblöcke und die Anbindung vieler Währungen an den US-Dollar gekennzeichnet war. Im Jahre 1978 reagierte der IWF auf diese sich herausbildende Währungsordnung: Durch die Modifizierung der IWF-Satzung wurden die Wechselkurse auch offiziell freigegeben. Jedes Land konnte nun selbst seine Wechselkurse bestimmen. Andererseits verpflichteten sich die Mitglieder, bei der Fixierung des nationalen Wechselkurses gleichzeitig die Währungsparität im Verhältnis zu anderen Währungen oder den IWF-Ziehungsrechten festzulegen. Die Mitgliedsländer haben bestimmte Anteile (= Quoten) am Fonds, die ihre Stimmrechte und Ziehungsmöglichkeiten für konvertible Mittel des Fonds bestimmen (siehe Tabelle 1). Die Ziehungsrechte sind im Laufe der Zeit durch Aufstockung alter und Schaffung neuer Fazilitäten immer weiter ausdifferenziert worden: etwa durch die Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität, die Fazilität zur Kompensationsfinanzierung, die vorsorgliche Kreditlinie, die Fazilität zur Stärkung der Währungsreserven, die erwei-

terte Fondsfazilität und die Vereinbarung über Bereitschaftskredite für Entwicklungsländer im Falle struktureller ökonomischer Entwicklungsprobleme.

Tabelle 1: Quotenverteilung im IWF bis 2006 vor der Reallokation (jeweils in v. H.)

	Anteil am globalen BIP	IWF-Quote	IWF-Stimmrechte
USA	20,9	17,4	17,1
EU	21,1	32,2	31,5
Kanada	1,9	3,0	2,9
Deutschland	4,3	6,1	6,0
Frankreich	3,1	5,0	5,0
Großbritannien	3,1	5,0	5,0
China	13,2	3,0	2,9
Indien	5,9	2,0	1,9
Brasilien	2,6	1,4	1,4
Mexiko	1,8	1,2	1,2

Quellen: DB Research, IWF.

Neben der Kontrolle der Wechselkurspolitik seiner Mitgliedsstaaten avancierte der IWF im Laufe der 1980er Jahre zum Manager internationaler Währungs- und Finanzkrisen. Durch die stetige Liberalisierung nationaler Ökonomien und die Herausbildung globaler Finanzmärkte, die Beschleunigung von Geschäftsabläufen und strukturelle Verschuldungsprobleme in Schwellen- und Entwicklungsländern gerieten Länder wie Mexiko im Jahre 1994 und ganze Regionen wie Südostasien im Jahre 1997 in währungspolitische und daraus sich ergebende wirtschaftliche Krisen. Der IWF verordnete ökonomische Anpassungsprogramme, die gerade auch bei der Bewältigung der Asienkrise starke Kritik fanden. Kreditnehmenden asiatischen Staaten wurden folgende geld- und fiskalpolitische Vorgaben gemacht: 1. Abbau der Zahlungsbilanzdefizite durch Haushaltsausgleich und Durchführung einer effektiven Steuerpolitik, 2. Währungsstabilisierung durch Zinssatzanhebung und 3. Einleitung von Bankenreformen, die zur Auflösung korrupter und ineffizienter Finanzinstitutionen beitragen sollten. Schnell wurde Kritik an den IWF-Maßnahmen laut, die sich im Kern auf die Rigidität und vor allem Unangemessenheit der Programme bezog.

So habe der IWF nicht erkannt, dass die Asienkrise eine private Verschuldungskrise sei. Insofern sei die verordnete Erhöhung des Zinsniveaus eine falsche Maßnahme gewesen, als sie das Kapital verteuert und somit den finanziellen Spielraum der noch wenigen gesunden Unternehmen drastisch eingeschränkt und zu massenhaften Insolvenzen geführt habe. Auch die Kürzungen der Staatsausgaben hätten negative Auswirkungen insbesondere auf die Einkommensverteilung und das Wachstumspotenzial der Ökonomien gezeitigt. Hauptsächlich in Asien wurde in diesem Zusammenhang die Dominanz der USA im IWF hervorgehoben und gleichzeitig der Dialog über regionale Lösungsansätze in Form eines asiatischen Währungsfonds aufs neue entfacht.

Der seit der Asienkrise diskutierte Erneuerungsbedarf der IWF-Anpassungsprogramme wird ergänzt durch die Diskussion um die angemessene Vertretung von Schwellenländern in den internationalen Finanzinstitutionen. So haben sich Länder wie China, Mexiko, Südkorea und die Türkei, aber auch Argentinien, Brasilien und Indien in den letzten Jahrzehnten wirtschaftlich sehr dynamisch entwickelt. Es ist offensichtlich, dass der Fonds seit ungefähr drei Jahrzehnten nur minimale Anpassungen seines Quotensystems an die tatsächlichen Entwicklungen seiner Mitgliedsökonomien vorgenommen hat. Mit der vollzogenen Ad-hoc-Erhöhung der Quoten für ausgewählte Entwicklungsländer reagiert der Fonds nun auf dieses Ungleichgewicht. Die insgesamt von IWF-Chef Rodrigo de Rato angestoßene Quotenreform bezieht als zweiten Schritt ebenfalls die Neudiskussion der Quotenformel mit ein. Dass der IWF immer weiter an Einfluss verliert, wird durch die steigende Höhe vorgezogener Kreditrückzahlungen und die sinkende Zahl von Kreditneuaufnahmen deutlich.

3. Quotenerhöhung – der Tropfen auf den heißen Stein

Von den auf der Konferenz in Singapur vorgeschlagenen Reformen des Fonds wurde der erste Teil mit großer Mehrheit angenommen. Die Quoten und entsprechend die Stimmanteile von Schwellenländern werden somit an die realen wirtschaftlichen Verhältnisse angepasst. Bei der Quotenerhöhung zugunsten von China, Mexiko, Südkorea und der Türkei ging es im Grunde um

eine längst fällige Angleichung von Einflussmöglichkeiten im IWF an das faktische ökonomische Gewicht dieser Länder: Die Quote von Korea wurde um 76 Prozent erhöht, die von China, der Türkei und Mexiko um 25 bzw. 22 und 20 Prozent (siehe Tabelle 2). Die Ad-hoc-Quotenerhöhung impliziert wiederum einen leichten Rückgang der relativen Quoten anderer Länder: Deutschlands Quotenanteil wird von 6,1 marginal auf 5,98 Prozentpunkte sinken.

Tabelle 2: Neuverteilung der Quoten seit 2006 (jeweils in v. H.)

	IWF-Quote (alt)	IWF-Quote (neu)
China	3,0	3,72
Mexiko	1,2	1,45
Südkorea	0,77	1,35
Türkei	0,45	0,55

Quelle: IWF.

Die Quotenerhöhung zeigt einerseits die Reformbereitschaft im Währungsfonds, andererseits entsprechen die neuen Quoten nicht dem relativen Anteil der Staaten am Welt-BIP: Obschon China einen Anteil von 13,2 Prozent am globalen BIP hält, beträgt seine Quote im IWF nur 3,72 Prozent, die von Deutschland bei einem Anteil von 4,3 Prozent am globalen BIP aber 5,98 Prozent. Demnach müsste die Quote von China verdoppelt werden, um dessen Wirtschaftskraft angemessen in Verhandlungsmacht im IWF zu übersetzen. Der zurzeit den IWFC-Vorsitz innehabende englische Finanzminister Gordon Brown sieht in der Quotenreform ein Indiz dafür, dass der IWF flexibel auf Anforderungen des internationalen Wirtschaftssystems reagiere. Andererseits wird jedoch häufig übersehen, dass die eigentliche Reform in der Neudefinition des Quotenschlüssels liegt.

4. Quotenschlüssel – Indikator struktureller Interessengegensätze

Das zweite in Singapur beschlossene Reformpaket sieht eine Neudefinition der Quotenformel

Tabelle 3: Positionen einzelner Staaten und Regionen zur Neudefinition der Quotenformel und Folgen

	Positionen zur Neudefinition der Quotenformel	Folgen
USA	BIP als alleiniges Kriterium	Relatives Gewicht von Schwellenländern erhöht sich, kleinere europäische Länder verlieren an Einfluss.
Deutschland	Leicht erhöhter BIP-Wert, Grad der wirtschaftlichen Offenheit, Grad der weltwirtschaftlichen Verflechtung, Außenhandelsvolumen, Konvertibilität	Exportorientierte Volkswirtschaften wie Deutschland und die Niederlande profitieren.
Europa	Grad der wirtschaftlichen Offenheit, Außenhandelsvolumen	Europäische Länder profitieren.
Schwellen- und Entwicklungsländer (i. e. G-24)	BIP nach Kaufkraftparitäten, Schwankungen der Rohstoffpreise, Volatilität kurzfristiger Kapitalströme, Bevölkerungszahl	Stimmrecht und Einfluss von Schwellen- und Entwicklungsländern im IWF nehmen zu.
China	Währungsreserven	Länder wie Brasilien, China und Indien profitieren.

vor. Bislang wird der Quotenschlüssel nach einer komplizierten, eher undurchsichtigen Formel berechnet, die Indikatoren wie Außenhandelsvolumen, Bruttoinlandsprodukt und Währungsreserven mit einbezieht. Die Quote bestimmt nicht nur die Summe der Mitgliedsbeiträge und die Höhe der Ziehungsrechte, sondern zeitigt auch Folgen für die Stimmrechte im Internationalen Währungsfonds.

Dass die Neubestimmung der Quotenformel nicht von funktionalen Erfordernissen, sondern von politischen und ökonomischen Interessen der Mitgliedsstaaten bestimmt war, ist nicht von der Hand zu weisen. Es wurde relativ schnell offensichtlich, welche Länder oder Ländergruppen welche Interessen in Bezug auf eine Reform des Quotenschlüssels vertreten (siehe Tabelle 3). Ein Interessenkonflikt zeigt sich zwischen den USA und den europäischen Staaten: Während die US-Amerikaner auf das Kriterium des Anteils am Welt-BIP abstellen, wobei sie auf eine Quote von 30 Prozent kommen, betonten die Europäer das Kriterium der wirtschaftlichen Offenheit und des Außenhandelsvolumens. Würde sich die Formel primär am BIP ausrichten, würde sich auch die US-amerikanische Quote massiv erhöhen. Gleich-

zeitig würde jedoch auch das relative Gewicht von Schwellenländern im IWF wachsen, während kleinere europäische Länder wie Belgien und die Niederlande an Einfluss verlieren würden. Einzelne Länder wie beispielsweise Deutschland variieren ihre Vorschläge leicht, indem sie den USA durch eine leichte BIP-Anhebung entgegenkommen und ferner spezifische Kriterien wie Währungskonvertibilität in die Rechnung aufnehmen wollen. Eine strukturell ähnliche Interessendifferenzierung gibt es zwischen China und den G-24. Ähnlich wie in der Welthandelsorganisation fordern die in der G-24 organisierten Länder mehr Einfluss im Währungsfonds. Die zu der Gruppe zählenden Staaten erwirtschafteten zwar, gemessen in Kaufkraftparitäten, 50 Prozent des globalen BIP, verfügten über die meisten Währungsreserven und repräsentierten einen großen Teil der Weltbevölkerung. Jedoch würden diese Einflussgrößen nicht in Stimmrechte und Quotenanteile umgesetzt, so Vertreter dieser Gruppe. Es sind insbesondere aufstrebende Schwellenländer wie Argentinien, Brasilien, China, Indien und Indonesien (alle zur G-24 gehörend), die typischerweise die institutionelle Reform des IWF anmahnen. Die Berücksichtigung ihres gestiegenen weltwirt-

schaftlichen Gewichts vertreten sie ähnlich vehement auch im institutionellen Rahmen der WTO.

Ergänzend zur Quotenanpassung wurde der Exekutivrat beauftragt, bis zur Jahrestagung 2008 das Basisstimmensystem zu verändern. Losgelöst von ihrer Quote stehen jedem Land rund 250 Basisstimmen unabhängig von seiner Größe oder ökonomischen Stärke zu. Im Gegensatz zur Quote hat das relative Gewicht der Basisstimmen im Laufe der Zeit immer weiter abgenommen: Ihr Anteil ist von elf auf rund zwei Prozent der Gesamtstimmenzahl gesunken. Um gerade die Interessen ärmerer Länder mit einer schwachen Quote zu schützen, soll der Anteil der Basisstimmen an der Gesamtstimmenzahl in Zukunft stabil gehalten werden.

5. Der IWF und die WTO – globale Ordnungspolitik in der Krise?

Wer die Reformdiskussion im institutionellen Rahmen des IWF verstehen will, der tut gut daran, die in Singapur beschlossenen Maßnahmen im Kontext der krisenhaften Entwicklung globaler ökonomischer Ordnungspolitik einzuordnen: Seit den 1990er Jahren ist eine globale Tendenz zum Abschluss regionaler Handelsabkommen (Free Trade Agreements – FTAs) und Währungsvereinbarungen (Currency Swap Agreements) zu registrieren. Hier handelt es sich um zwischenstaatliche Abkommen, zumeist bilateraler Ausprägung, die getroffen werden, um den Abbau von Handelschranken zu forcieren und regionale Währungs- und Finanzkrisen zu vermeiden. Die Frage, ob diese regionalen oder bilateralen Übereinkommen multilaterale Institutionen wie den IWF und die WTO entfunktionalisieren, wird seit einigen Jahren kontrovers diskutiert. Während einige Kommentatoren insbesondere in den bilateralen FTAs Bausteine für die eine globale Handelsordnung sehen, betrachten andere sie als Stolpersteine im Prozess internationaler Handelsverregelung. Sicherlich ist das Netz von Handelsvereinbarungen jenseits der WTO ausdifferenzierter als das Netzwerk bilateraler Währungsübereinkünfte. Beide Entwicklungen können jedoch mit zwei Faktorenbündeln erklärt werden: a) materiellen Faktoren: dem langsamen Voranschreiten multilateraler Verhandlungen und veränderten weltwirtschaftlichen Realitäten sowie b) politischen Faktoren: der Unterrepräsentation aufstrebender Schwellenländer im IWF und in der WTO.

Die Doha-Runde der WTO scheint aufgrund der derzeitigen Unvereinbarkeit der Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern vorerst zum Stillstand gekommen zu sein. Diese Entwicklung fördert die seit vielen Jahren anhaltende Tendenz von Staaten und Staatengruppierungen, untereinander Handelsabkommen zu schließen. Ein aktuelles Beispiel ist die Europäische Union, die sich laut offizieller Rhetorik zwar dem multilateralen WTO-Ansatz verpflichtet sieht, jedoch faktisch ihr bilaterales Handelsnetzwerk vor allem mit aufstrebenden asiatischen Schwellenländern und der ASEAN-Staatengemeinschaft vorantreibt. Die Welle regionaler und bilateraler Handelsabkommen begründet die Macht des Faktischen in diesem Politikbereich: Kein weltwirtschaftlich integrierter Staat kann es sich momentan leisten, sich diesem Trend nicht anzuschließen. Zu groß wäre das Risiko, auf Wohlfahrtsgewinne zu verzichten. Im Falle des Internationalen Währungsfonds sind es veränderte weltwirtschaftliche Realitäten, die einen Reformzwang ausüben. Da viele Schwellenländer inzwischen über einen funktionierenden und stabilen Zugang zu privaten Kapitalmärkten verfügen und sich zugleich die Wahrscheinlichkeit krisenhafter Zahlungsbilanzungleichgewichte verringert hat, können viele Länder auf den IWF als Kreditgeber verzichten. Gleichzeitig hat der schlechte Ruf der globalen Finanzinstitution als Krisenmanager das Übrige dazu beigetragen, dass einige devisenstarke Länder wie China und Japan sich als alternative Finanzierungsquelle betätigen können. Politische Bestimmungsfaktoren der IWF- und WTO-Krise korrelieren eng mit dem Aufstieg einiger Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südkorea etc., die ihre Interessen zunehmend unterrepräsentiert sehen. In beiden Institutionen agieren Interessengruppierungen dieser Schwellenländer, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Im Falle der WTO hat ihre verbesserte Interessenartikulation dazu geführt, dass die Interessengegensätze unversöhnliche Töne angenommen haben, während im IWF ein Teil der nötigen Reform relativ glatt über die Bühne gegangen ist (s. o.). Die Frage ist jedoch, ob die Interessengegensätze bei der Neudefinition des Quotenschlüssels nicht doch die Reform wieder kippen könnten.

Der enge Zusammenhang zwischen materiellen und politischen Bestimmungsfaktoren globaler ökonomischer Ordnungspolitik deutet darauf hin, dass institutionelle Reformen die einzige

Möglichkeit sind, beiden Organisationen überlebenswichtige Anpassungsfähigkeiten und damit Legitimität zu verleihen. Ob diese Reformen ausreichen, um den zurzeit unaufhaltsam erscheinenden Niedergang des ökonomischen Multilateralismus abzuwenden, bleibt abzuwarten. Der IWF wird eine neue Rolle im internationalen System finden müssen. Aller Voraussicht nach wird der IWF vom Währungs- und Finanzkrisenmanager zum multilateralen Konsultationsforum avancieren, dessen primäre Aufgabe es sein wird, Zahlungsbilanzkrisen bereits im Vorfeld durch Kapitalmarktüberwachung, volkswirtschaftliche Analysen und makroökonomische Politikberatung zu verhindern. Gelingt es zudem noch, die Interessen von Entwicklungs- und vor allem Schwellenländern institutionell zu berücksichtigen, haben sowohl die WTO als auch der IWF gute Chancen, ihre gegenwärtige Krise zu überstehen.

■ Der Autor

Dr. Howard Loewen ist wissenschaftlicher Referent am GIGA Institut für Asienkunde.
E-Mail: loewen@giga-hamburg.de, Webseite: <http://staff.giga-hamburg.de/loewen>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Reformprozesse internationaler Finanzorganisationen (Joachim Betz)
Theorie und Empirie der Interaktion internationaler Handels- und Finanzinstitutionen mit entsprechenden regionalen Regimen in Ostasien (Howard Loewen)

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Betz, Joachim (2006): Macht und Ohnmacht der internationalen Finanzinstitutionen, GIGA Focus Global, Nr. 5.

Loewen, Howard (2006): Entwicklung und Liberalisierung – Ergebnisse der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong, GIGA Focus Global, Nr. 1.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Global wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Joachim Betz; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies

IMPRESSUM